

Gotthold Streitberger (Mitglied BI Asyl Rgbg und im Sprecherrat BFR)
Email: info@biasyl.de

Manuskript für Redebeitrag Kundgebung 18.7. Protestcamp Neupfarrplatz „Solidarität mit den streikenden iranischen Flüchtlingen“

Wenn ich hier für die BI Asyl und als ein Vertreter des Bayerischen Flüchtlingsrates spreche, so will ich zunächst betonen, dass der hier bestehende **Unterstützerkreis aus vielen Menschen von ganz verschiedenen Gruppen** besteht, die sich zusammengefunden haben um die Unterstützungsstrukturen des Protestcamps der iranischen Flüchtlinge aus Cham aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Es ist wirklich sehr **beeindruckend , wie dieses funktioniert**, abendliche Plenas, permanentes Dolmetschen, Protokollierung und Umsetzung des Besprochenen, zeitnahe Eingabe der Dokumente in die homepage der Flüchtlinge , 24 Stunden Ordnerschichten und vieles vieles mehr...

Seit 1 Woche erfahren wir hier mit welcher **Entschlossenheit die** iranischen Flüchtlinge vorgehen , wie sie ihr Vorgehen mit den kämpfenden Flüchtlingen der Camps in AUB, Bamberg, Düsseldorf und Würzburg abstimmen und **wie klug und reflektiert sie denken und handeln. Dafür drücke ich Euch unseren herzlichsten Dank aus, unser große Hochachtung, unseren Respekt und unsere Solidarität.**

Eure Forderungen, liebe neu gewonnenen Freunde , sind auch **unsere Forderungen** und dies sollten die Forderungen sein von allen demokratisch und menschlich Denkenden Menschen in unserem Land. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Aber auch diesbezüglich gilt eine unsere Leitgedanken: Mißstände beklagen oder bedauern genügt nicht, wir wollen das uns mögliche beitragen, diese zu beseitigen.

Grundprinzipien von Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und Menschenwürde wird Flüchtlingen in hohem Maße und **systematisch verwehrt**. Flüchtlinge werden durch Gesetze, Paragraphen und Verordnungen, durch Ämter und Behörden, die diese umsetzen **systematisch ausgegrenzt, diskriminiert, entrechtet, gedemütigt, krank gemacht und ihrer menschlichen Würde beraubt**. Das sagen nicht nur wir, die Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl. Das sagen seit über 20 Jahren mehr oder weniger deutlich viele Menschenrechtsvereinigungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchliche Gruppen, Ärztengruppen , Rechtsanwälte ... es gibt darüber unzählige Fachartikel und Presseberichte. Das war auch das klare Fazit der Landtagsexpertenanhörung vom April 2009. Aber die Bayerische Staatsregierung hat keine wesentlichen Änderungen zugelassen. Die TAZ schreibt heute in einem ersten Kommentar zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes richtig, dass Flüchtlinge vom Gesetzgeber „in den letzten Jahren **mit ekelerregender Ignoranz** behandelt“ wurden . Regierung und politisch Verantwortliche haben auch obene genannte Gruppen, mit dieser „ekelerregende Ignoranz“ behandelt.

Eine gesetzliche Grundlage für viele dieser Schikanen ist das AsylbLG. Heute hat nun endlich das Bundesverfassungsgericht das Gesetz als verfassungswidrig erklärt und nicht vereinbar mit den Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht Ich komme auf das Urteil gleich zu sprechen. Vorher will ich aber das Gesetz und seine bayerische Umsetzung kurz zusammenfassend erklären und charakterisieren. Dieses Sondergesetz wurde 1993 eingeführt. Es klammert Flüchtlinge mindestens 4 Jahre lang aus dem deutschen Sozialrecht aus und billigt ihnen nur ca. 60 % Hilfsanspruch des eh viel zu niedrigen Existenzminimums zu, und das bis auf 40,90 Taschengelds/Monat als Sachleistung, z.B. Essenspakete, die auch nur zur Abschreckung eingeführt worden sind. : Und das Gesetz schließt Flüchtlinge in hohem Maße von der Gesundheitsversorgung aus. Zusammengefasst macht es Flüchtlinge rechtlich zu Menschen 2 . oder 3. Klasse. Es ist eine der tragenden rechtlichen Säulen dessen, was wir **institutionellen oder staatlichen Rassismus** nennen und verurteilen. In Bayern wird all dies, also u.a. die Lagerpflicht, Essenspakete, Residenzpflicht, Arbeitsverbot, keine Deutschkurse ganz besonders restriktiv und schikanös umgesetzt . Nach der dafür erlassenen bayerischen Asyldurchführungsverordnung ist offizielles Ziel, ich zitiere § 7 dieser Verordnung **„die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“**. Die Rückkehrbereitschaft z.B. in den Iran, soll gefördert werden , zurück z.B. in ein Land wo Menschen öffentlich aufgehängt oder gesteinigt werden , wo denjenigen, die sich für Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit einsetzen langjährige Haft mit Folter droht ... Diese „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ hat zuletzt in Würzburg im Januar den iranischen Flüchtling Mohammad Rahsepar in den Tod getrieben.

Verantwortlich für diese Förderung der Rückkehrbereitschaft ist die Bayerische Staatsregierung, federführend das bayerische Ministerium für Arbeit und Soziales. Egal in welches Land so die „Rückkehrbereitschaft gefördert“ wird, durch jahreslanges Dahinvegetieren in Lagern, Essenspakete, Perspektivlosigkeit, mit dieser gezielten Zermürbungstaktik werden Flüchtlinge bewußt und absichtlich krank, und verzweifelt gemacht Pfui Teufel Frau Hadertauer, das ist einfach schrecklich, das ist zynisch, das menschenverachtend! Auch verfassungswidrig, wie das Bundesverfassungsgericht heute klar gestellt hat

Dass das Bundesverfassungsgericht das **AsylbLG heute als verfassungswidrig** verurteilt hat, weil unvereinbar mit dem Grundrecht auf menschenwürdiges Existenzminimum und mit weiteren Vorgaben der Europäischen Union und des Völkerrechts kommt nicht überraschend. Die Schärfe und die Deutlichkeit des Urteils und dass der Gesetzgeber verpflichtet wurde rückwirkend ab 2011 Flüchtlingen für nicht bestandskräftig festgesetzte Leistungen und zukünftig in Höhe von zumindest Hartz IV oder Sozialhilfe, also dem offiziellen Existenzminimum nachzuzahlen, ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung, für die bayerische Staatsregierung und all die andere Akteure für ihr verfassungsfeindliches Handeln seit vielen Jahren. Für die Betroffenen bedeutet es eine Erhöhung der zustehenden Leistungen um ca 1/3 (oder bis zu 50%?)

Seit heute nachmittag und in den nächsten Tagen wird darüber viel in den Medien berichtet werden. Und das ist gut so, weil damit die Bevölkerung etwas mehr über die menschenunwürdigen Bedingungen der Flüchtlinge erfährt. Ein sehr guter Pressespiegel ist auf der internetseite des Bayerischen Flüchtlingsrates (www.fluechtlingsrat-bayern.de) In einer ersten Stellungnahme fordert der BFR das bayerische Aufnahmegesetz und die Asyldurchführungsverordnung sofort außer Kraft zu setzen und das AsylbLG abzuschaffen.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sind aber auch **bei weitem nicht alle Erwartungen** der Flüchtlinge und ihre Forderungen, die auch unsere sind, **erfüllt**. Deshalb erinnere ich und wiederhole diese Forderungen aus der Erklärung der Flüchtlinge „Warum streiken wir“

- **Abschaffung der Residenzpflicht** es darf nicht verboten sein den von den Behörden festgelegten Bezirk zu verlassen., Flüchtlinge müssen das recht haben sich so frei wie wir frei zu bewegen
- **Abschaffung der Lagerpflicht und der Essenspakete** Flüchtlinge sollen das Recht haben sowie wir in Wohnung zu leben und das Essen selbst zuzubereiten
- **Abschaffung der Arbeitsverbote**, Flüchtlinge wollen nicht abhängig gemacht werden von Sozialleistungen
- **Gewährung von Sprachkursen** um sich integrieren zu können
- **Beschleunigung des Asylverfahrens** und schnellere Anerkennung um den oft über Jahre bestehende Zustand der Unwissenheit und Unsicherheit und damit verbunden erhebliche psychische Belastungen zu beenden

Dieses sind auch die jahrelangen Forderungen des **bayerischen Lagerlandnetzwerkes**, die dazu im Mai unter dem Motto „**enough! Gleiche Rechte jetzt**“ in mehreren bayerischen Städten Aktionswochen durchgeführt haben. In Regensburg fordern 30 Gruppen die Abschaffung AsylbL- Weg mit Lager, Essenspakete und Residenzpflicht usw. Das ist gut so. Aber das reicht nicht. Unsere Erfahrungen lehren uns, dass die Herrschenden in unserem Land sich nicht allein durch Erklärungen beindrucken lassen. In diesem Sinn erwarten wir von diesen Gruppen und allen anderen **schnelle praktische und konkrete Solidaritäts- und Unterstützungsbekundungen für die am Neupfarrplatz kämpfenden Flüchtlinge**. Schriftliche Solidaritätserklärungen können persönlich am camp abgegeben werden oder per email zugesendet werden, auch sehr viel praktische Unterstützung ist gefragt, Spenden... usw... .fragt im camp nach, oder bei Unterstützungsgruppen, kommt zu den regelmäßigen Plenen...

Zusammenfassend und abschließend betone ich was wir immer wieder betonen. Für die Zustände in diesem Land sind wir verantwortlich. Proteste und Kämpfe der Flüchtlinge sind dabei ein Beitrag für mehr Menschlichkeit, für mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr Demokratie in unserem Land und sollten in diesem Sinn von allen demokratisch, menschlich und fortschrittlich Denkenden unterstützt werden. **Eine andre Welt ist möglich – Gleiche Rechte für alle Menschen!** seit 30 Jahren zitiere ich immer wieder einen damaligen Slogan der Jusos - **Die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen sondern zwischen oben und unten in unserem Land also: Hoch die Internationale Solidarität**

Gotthold Streitberger, 18.7.2012